

NZZ

Fusion von Pfizer und Allergan

Platzt der 160 Milliarden Dollar Deal?

Die Mega-Fusion in Pharmabranche steht vor dem Aus. Offenbar sind die gewünschten Steuervorteile nicht erzielbar. Was steht auf dem Spiel?

6.4.2016



Die Medikamente Allergan und Botox werden zukünftig wohl nicht unter einem Dach vertrieben. (Bild:Reuters)

(Reuters) Die 160 Mrd. \$ schwere Übernahme des Pharmakonzerns Allergan durch Pfizer ist laut einem Insider geplatzt. Das Vorhaben werde einvernehmlich am Mittwoch beendet, sagte die mit der Situation vertraute Person der Nachrichtenagentur Reuters. Zuvor hatte der Sender CNBC darüber berichtet. Hintergrund sind neue Massnahmen der US-Regierung gegen Steuervorteile im Zuge solcher Übernahmen. Damit sei der Deal für Pfizer nicht mehr sinnvoll, so der Insider. Der Konzern aus New York sei nicht zu vertraglichen Änderungen bereit gewesen. Eine Stellungnahme der Unternehmen lag zunächst nicht vor.

Neue US-Vorgaben

Das US-Finanzministerium hatte am Montag neue Vorschriften bekanntgegeben, die sich gegen die Verlegung von Firmensitzen nach Übernahmen richten. Der Botox-Hersteller Allergan und der Viagra-Produzent Pfizer planten, nach dem Zusammenschluss zum weltgrössten Arzneimittel-Hersteller den Hauptsitz nach Irland zu verlegen, nicht jedoch die operativen Aktivitäten. In Irland sind die Steuersätze deutlich geringer als in den USA.

Mit der Übernahme wäre ein Konzern mit einem Jahresumsatz von mehr als 60 Milliarden Dollar entstanden. Er hätte den Schweizer Konkurrenten Novartis vom Spitzenplatz des weltgrössten Herstellers verschreibungspflichtiger Medikamente verdrängt. Für Pfizer ist es die nächste Schlappe, nachdem schon die angedachte Akquisition von AstraZeneca am Widerstand des britischen Rivalen scheiterte.

Wer kündigt Deal auf?

Laut dem Fusionsabkommen können beide Seiten das Geschäft absagen, wenn das neue Unternehmen wegen Änderungen im Steuerrecht als US-Konzern eingestuft werden würde. Allerdings muss die Partei, die absagt, der anderen bis zu 400 Mio. \$ zahlen.

In den USA haben in den vergangenen Jahren zahlreiche Konzerne nach Grossfusionen ihre Firmensitze ins Ausland verlegt, was massive Steuerersparnisse mit sich bringt. Diese als Inversion bezeichnete Taktik ist in Amerika ein Politikum geworden. Selbst die favorisierten Präsidentschaftsbewerber der Demokraten und Republikaner, Hillary Clinton und Donald Trump, sind sich hier ausnahmsweise einig, dass ein Riegel vorgeschoben werden muss. Die Regierung in Washington hatte 2014 erste Massnahmen erlassen. Daraufhin platzte etwa die geplante 55-Mrd.-\$-Fusion zwischen Shire und AbbVie.